

Straßenbauverwaltung:	Die Autobahn GmbH des Bundes Niederlassung West / Außenstelle Wiesbaden Hagenauer Str. 44, 65203 Wiesbaden
Straßenklasse und Nr.:	Bundesautobahn 643
Straßenbezeichnung:	Anschlussstelle Wiesbaden Äppelallee – Schiersteiner Kreuz
Baumaßnahme / Bauwerk:	A 643, Bauwerk 8, provi. Verbreiterung, Verkehrssicherung

Baubeschreibung



Inhaltsverzeichnis

1.0	Allgemeine Beschreibung der Leistung	1
1.1	Auszuführende Leistungen	2
1.1.1	Verkehrssicherung	4
1.2	Ausgeführte Vorarbeiten	5
1.2.1	Beweissicherung	5
1.2.2	Ver- und Entsorgungsleitungen	5
1.3	Ausgeführte Leistungen	5
1.3.1	Brücken, Stützwände und Durchlässe	5
1.4	Gleichzeitig laufende Arbeiten	6
1.5	Mindestanforderungen für Nebenangebote, Sondervorschläge	6
2.0	Angaben zur Baustelle	6
2.1	Lage der Baustelle	7
2.1.1	Straßen- bzw. Baukilometer und Stationierung	7
2.1.2	Nächster Ort	7
2.2	Vorhandene öffentliche Verkehrswege	7
2.3	Zugänge, Zufahrten	8
2.3.1	Zur Baustelle	9
2.4	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	9
2.5	Lager- und Arbeitsplätze	9
2.6	Gewässer	9
2.7	Baugrundverhältnisse	10
2.7.1	Geologische Verhältnisse	10
2.7.2	Straßenbefestigungen (vorhandener Straßenoberbau)	10
2.7.3	Güte des Oberbodens (Landschaftsbau)	10
2.7.4	Schadstoffbelastung	10
2.8	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	10
2.9	Schutz-Bereiche und -Objekte	10
2.9.1	Naturschutzgebiet	10
2.9.2	Landschaftsschutzgebiet	10
2.9.3	Bäume und Flurgehölze	11
2.9.4	Biotope	11
2.9.5	Denkmale	11
2.9.6	Immissionsschutz-Bereiche und -Objekte	11
2.9.7	Beschädigungen	11
2.9.8	Schutz des Geländes	11
2.10	Anlagen im Baubereich	12

2.11	Öffentlicher Verkehr im Baubereich.....	12
2.11.1	Straßenverkehr.....	12
2.11.1.1	Bauschilder	12
2.11.2	Verkehr auf dem Geh- und Radweg.....	12
3.0	Angaben zur Ausführung.....	13
3.1	Verkehrsführung, Verkehrssicherung	13
3.1.1	Allgemeines	13
3.1.2	Verkehrseinrichtungen.....	15
3.1.3	Beschilderung, Wegweisung, Baken, Markierung, transp. Schutzeinrichtungen	16
3.1.4	Arbeiten bei Nacht	17
3.1.5	Abnahme der Verkehrsführung.....	17
3.1.6	Kontrolle und Wartung.....	17
3.1.7	Änderung der Verkehrsführung	18
3.1.8	Beendigung der Verkehrsführung	18
3.1.9	Gleichzeitig laufende Arbeiten	18
3.2	Bauablauf.....	19
3.2.1	Brückenbau und Straßenbau + Verkehrssicherung.....	19
3.2.2	Fixierte Zwischentermine und Vertragsstrafen.....	19
3.2.3	Bedingungen für Arbeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeit	19
3.2.4	Arbeiten bei Dunkelheit	19
3.2.5	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern	20
3.3	Wasserhaltung.....	20
3.4	Baubehelfe	20
3.5	Stoffe, Bauteile	20
3.5.1	Straßenbau	20
3.5.2	Brückenbau.....	20
3.6	Abfälle.....	20
3.6.1	Allgemeines	20
3.6.2	Probenahme und Abfalldeklaration	21
3.6.3	Nicht gefährliche Abfälle	21
3.6.4	Gefährliche Abfälle.....	21
3.6.5	Entsorgungskonzept.....	21
3.6.6	Bodenlogistikkonzept.....	21
3.7	Winterbau.....	21
3.8	Beweissicherung/Zustandsfeststellung.....	21
3.9	Sicherungsmaßnahmen.....	21
3.9.1	Schutzgerüste, -gänge und -wände für öffentlichen Verkehr	21
3.10	Belastungsannahmen (Brückenbau)	22

3.11	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren.....	22
3.11.1	Bestimmung der Dicken von Oberbauschichten.....	22
3.11.2	Vermessungsleistung.....	22
3.11.3	Aufmaßverfahren	22
3.12	Prüfungen und Nachweise	22
3.12.1	Erstprüfungen.....	22
3.12.2	Eigenüberwachungsprüfungen	22
3.12.3	Kontrollprüfungen	22
3.13	Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (Sige-Plan).....	22
4.0	Ausführungsunterlagen	23
4.1	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen.....	23
4.1.1	Pläne.....	23
4.2	Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende und ggf. fortzuschreibende Ausführungsunterlagen.....	23
4.2.1	Bautagesberichte.....	23
5.0	Anzuwendende technische Regelwerke.....	24
5.1	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (Einzelfälle NL/Bundesländer beachten)	24
5.2	Ergänzungen zu den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen.....	29
5.2.1	Ergänzungen zu den ZTV Asphalt-StB 07/13	29
5.2.2	Ergänzungen zu den TL Asphalt-StB 07/13.....	29
5.2.3	Ergänzungen zu den ZTV Beton-StB 07	29
5.3	Sonstige anzuwendende technische Regelwerke	29
5.4	Anlagen/Formblätter	30
5.4.1	Nachweis der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle	30
5.4.2	Formblatt Anmeldung von gefährlichen Abfällen	32
5.4.3	Eignungsnachweis Asphalt	33
5.4.4	Länderspezifische Regelungen Abfallrecht	33
5.4.5	Beschreibung von Homogenbereichen	34
5.4.6	Präzisierte Regelungen zur TL Transportable Schutzeinrichtungen.....	36

1.0 Allgemeine Beschreibung der Leistung

Auf der A643 in Wiesbaden wird aufgrund des schlechten Zustands des Bauwerks 8 die Brücke durch einen Neubau ersetzt. Das alte Bauwerk soll bis zur endgültigen Fertigstellung des Ersatzneubaus und der neuen Anschlussrampe im Betrieb bleiben.

Für die Umsetzung der Bauleistung wird weiterhin eine 2+2 Verkehrsführung eingerichtet, wodurch der Verkehr auf Höhe des Baufeldes verschwenkt werden muss. Im Zuge der Baumaßnahme werden für bestimmte Arbeiten Sperrungen auf der Hagenauer Straße/Alte Schmelze benötigt, wofür Umleitungen eingerichtet werden.

Einzelheiten zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung sind auch den dazugehörigen Verkehrszeichenplänen zu entnehmen, die den Ausschreibungsunterlagen als Anlagen beigefügt sind.

Der AN hat mit dem für die Baumaßnahme zuständigen Unternehmen eng zusammen zu arbeiten, um einen Bauverzug aus Behinderung der Ausführung zu verhindern.

Die Terminierung der erforderlichen Eingriffe in den Verkehr der A643 ist von AN mit der ebenfalls noch zu beauftragenden Baumaßnahme der Erneuerung und Umbaus des Schiersteiner Brücke und Schiersteiner Kreuzes fortlaufend aufeinander abzustimmen.

Bei Festlegung der genauen Ausführungszeiten ist zu beachten, dass der Auf- und Rückbau außerhalb montags und freitags, nicht an Ferienreise-WE, verlängerten WE oder Feiertagen und nach den Zeitvorgaben des SMS stattfinden dürfen.

Die AKD (Arbeitsstellen von kürzerer Dauer) dürfen nur in Abstimmung mit der zuständigen Autobahnmeisterei und mit dem beauftragten Verkehrssicherungsunternehmen eingerichtet und müssen spätestens 1-Woche im Voraus gemeldet und durchgeführt werden.

1.1 Auszuführende Leistungen

Die Gesamtmaßnahme teilt sich in drei Fachgewerke auf:

- Brückenbau/Behelfsbrücke (nicht Teil dieser Ausschreibung)
- Straßenbau (nicht Teil dieser Ausschreibung)
- Verkehrssicherung

Eine gegenseitige Rücksichtnahme ist Voraussetzung für die auszuführenden Leistungen.

Die Fachgewerke teilen sich wie folgt auf:

Brückenbau/Behelfsbrücke (nicht Teil dieser Ausschreibung)

- Herstellung von Baustelleneinrichtungsflächen
- Herstellung von einer Brückenbauwerk inklusive der Unterbauten
- Erdbauarbeiten: Herstellung Widerlagerhinterfüllung und Dammverbreiterung

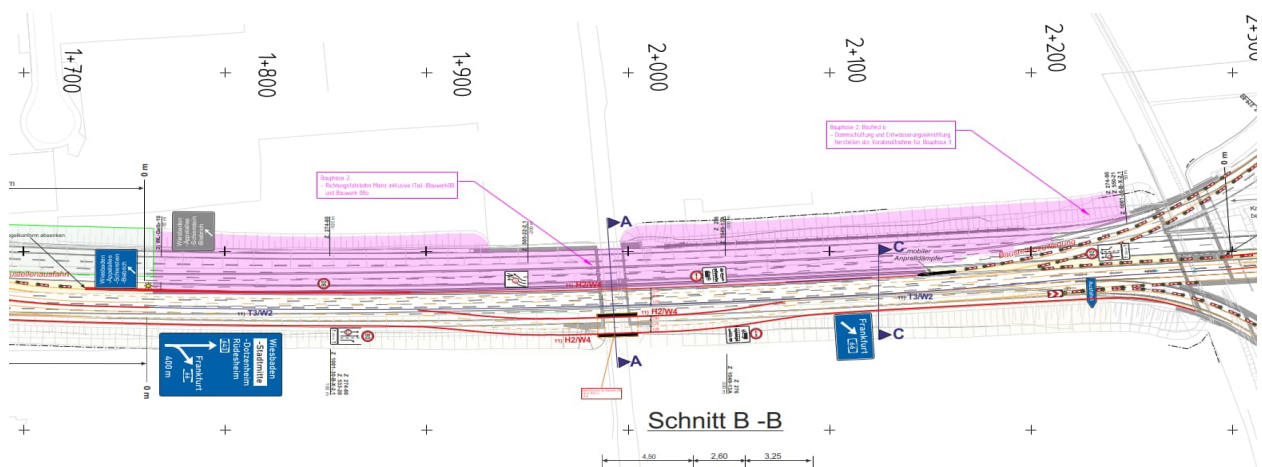
Straßenbau (nicht Teil dieser Ausschreibung)

- Herstellung von Baustelleneinrichtungsflächen
- Abbau der vorhandenen Schutzeinrichtung
- Herstellung von Fahrbahnen in den entsprechenden Bauphasen
- Herstellung Dammverbreiterung (Auf-/Abtrag)
- Herstellung der Entwässerungseinrichtungen
- Rückbau Verkehrsschilder inklusiver Tragkonstruktion mit einseitiger Auskragung aus Stahl
- Die Arbeiten finden in mehreren Bauphasen statt. Erst nach Fertigstellung des Brückenbauwerks, kann hier der Straßenbau erfolgen.

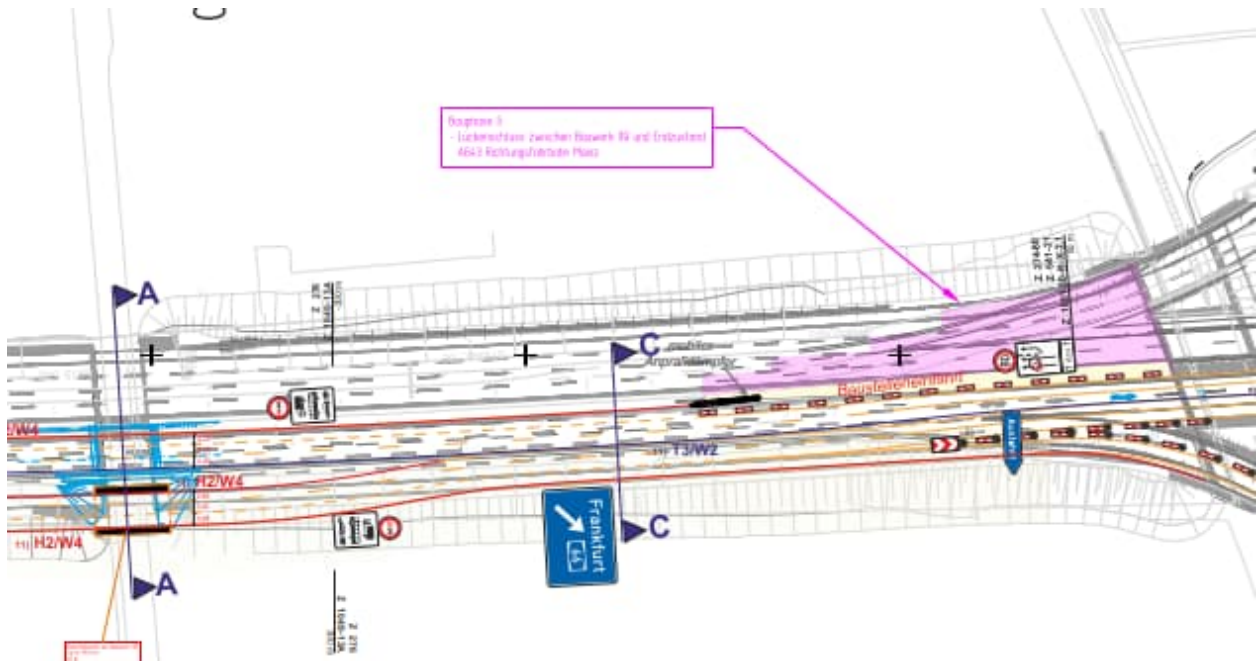
Verkehrssicherung

- Durchführung der Verkehrssicherungsarbeiten in mehrere Bauphasen.

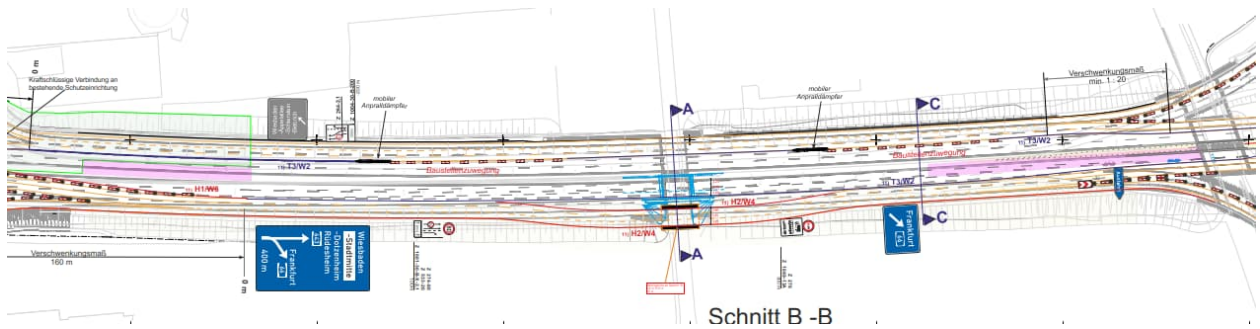
Darstellung der einzelnen Baufelder / Bauphasen



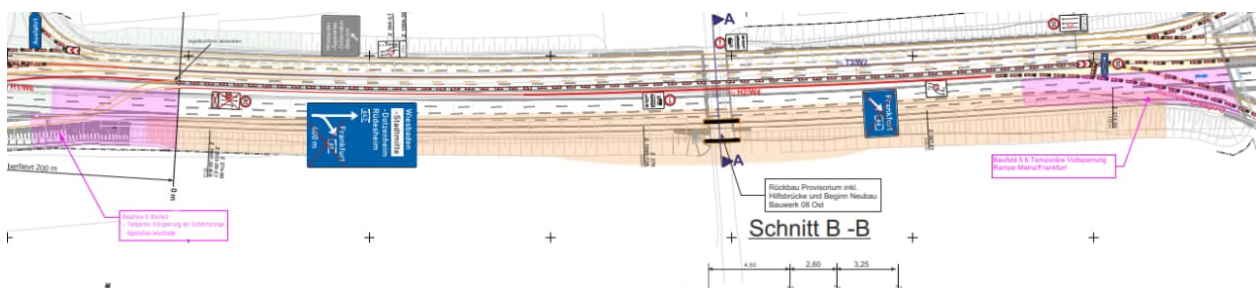
Auszug aus VZP 02 Bauphase 2 Richtungsfahrbahn Mainz inklusive (Teil-)Bauwerk08 und Bauwerk 08a



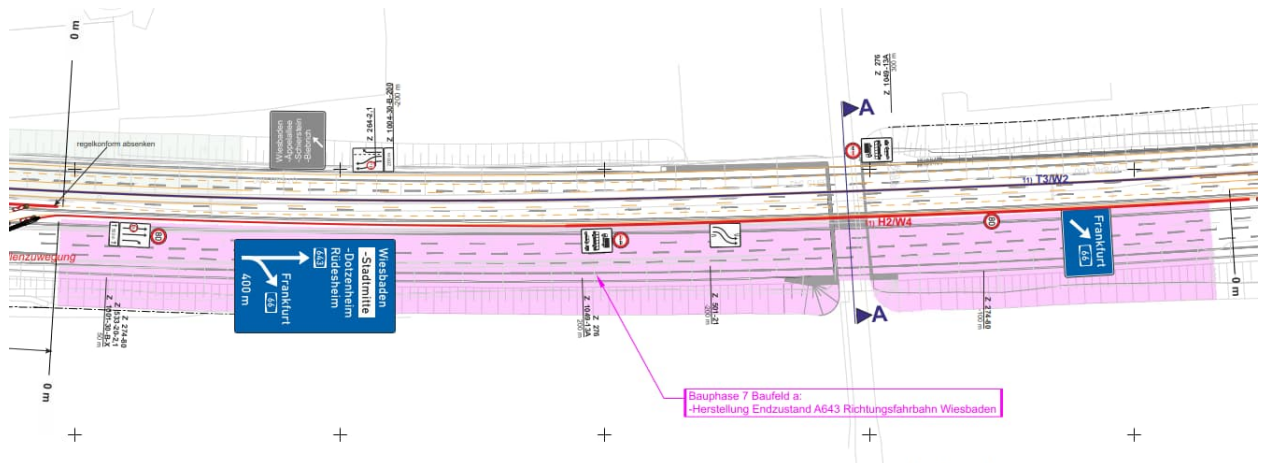
Auszug aus VZP 03 Bauphase 3 Lückenschluss zwi. Bauwerk 09 und Endzustand A643 Rifa Mainz



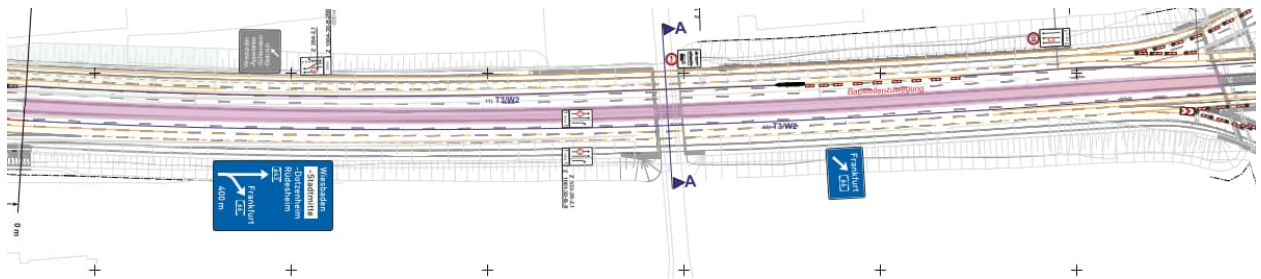
Auszug aus VZP 04 Bauphase 4 mit Baufeld a+b Mittelstreifenüberfahrt Rifa Mainz und Wiesbaden



Auszug aus VZP 05 Bauphase 5 Temporäre Vollspernung der Einfahrtsrampe Appelallee-Wiesbaden und Rampenausfahrt Frankfurt



Auszug aus VZP 06 Bauphase 7 Herstellung Endzustand A643 Richtungsfahrbahn Wiesbaden



Auszug aus VZP 07 Bauphase 8 Fertigstellung Mittelkappe und Mittelstreifen inkl. Herstellung des Fahrzeuergückhaltesystems

1.1.1 Verkehrssicherung

1.1.1.1 Zweck und Nutzung

Die A643 wird zwischen dem Bauwerk 7 - Anschlussstelle in Wiesbaden-Äppelallee und dem Bauwerk 9 am Schiersteiner Kreuz 6-streifig ausgebaut. Die ausgeschriebene Maßnahme ist Teil des 6-streifigen Ausbaus der A643, die auch im Zusammenhang mit dem Neubau der Schiersteiner Brücke steht.

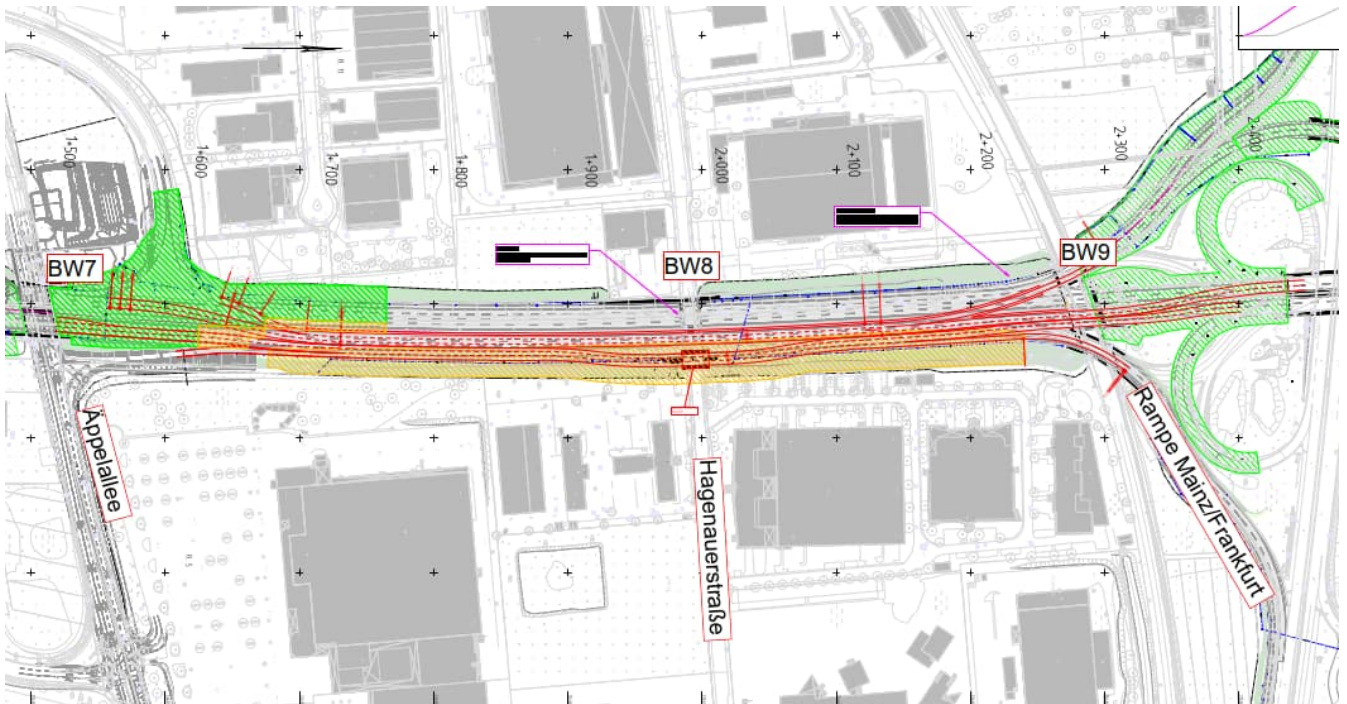


Abbildung Planausschnitt Behelfsbrücke

1.1.1.2 Art und Umfang

Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs auf der A643 in Frankfurt/Wiesbaden wird die Verkehrsführung auf der A643 in diesem Bereich nach Westen verschoben (Leistung Fachgewerk Verkehrssicherung). Hierfür ist ein Anbaustreifen östlich der A643 zwischen der Anschlussstelle Äppelallee und der Rampe Mainz/Frankfurt erforderlich. Der Verkehr verläuft in Richtung Wiesbaden und Mainz mit jeweils drei Fahrstreifen (2,60m+3,25m+3,25m).

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

1.2.1 Beweissicherung

Bisher wurde keine Beweissicherung durchgeführt.

1.2.2 Ver- und Entsorgungsleitungen

-entfällt-

1.3 Ausgeführte Leistungen

1.3.1 Brücken, Stützwände und Durchlässe

Zum Teil wurden die einzelnen Baufelder bereits durch Bauzäune abgesichert.

1.4 Gleichzeitig laufende Arbeiten

Im Zuge der hier beschriebenen Leistung sind im unmittelbaren Umfeld die folgenden Baumaßnahmen zu berücksichtigen:

- A643, Bauwerk 8, provisorische Verbreiterung: Fachgewerk Brückenbau und Straßenbau (diese Leistungen werden parallel zu diesem Auftrag, durch andere Auftragnehmer im unmittelbaren Bereich des Baufeldes erbracht). Es wird hier ausdrücklich auf gegenseitige Rücksichtnahme und entsprechenden Koordinationsaufwand hingewiesen. Die hierfür erforderlichen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen.
- A 66 WI-Frauenstein, bis AK Schierstein grundhafte Fahrbahnsanierung
- A 643 Rampe Mainz – Frankfurt vorbereitenden Arbeiten
- A 643 Mainz-Mombach Vorsorgeunterstützung / Kappenertüchtigung
- Schiersteiner Kreuz Nordwestohr Kampfmittelsondierungsarbeiten
- A 66 Ersatzneubau der Salzbachtalbrücke
- A 643 Ersatzneubau UF Hagenauer Straße / Alte Schmelze BW 8 und Neubau Stützwand BW 8a
- A66/A643 Schiersteiner Kreuz: Neubau BW10a
- A 66 Herstellung Entwässerung

Der Auftragnehmer hat vor Durchführung der Arbeiten alle Maßnahmen zu treffen, damit ein reibungsloses Zusammenwirken mit anderen Unternehmen erreicht wird und vermeidbare Behinderungen ausgeschlossen werden. Es wird auf die erforderliche enge Abstimmung zwischen den beteiligten Auftragnehmern hingewiesen.

Die durch die Abstimmung mit den anderen an der Baumaßnahme beteiligten Auftragnehmern entstehenden Erschwernisse, Mehraufwendungen und der werden nicht gesondert vergütet, sondern sind in die Baustellengemeinkosten einzukalkulieren. Die Koordinationspflichten des AG bleiben hiervon unberührt.

Gleichzeitige Fachgewerke sind:

- Brückenbau/Behelfsbrücke
- Straßenbau
- Verkehrssicherung

1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote, Sondervorschläge

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.0 Angaben zur Baustelle

Eine Besichtigung der Örtlichkeiten ist notwendig. Der Bieter hat sich über die örtlichen Verhältnisse, Transportwege, Lagerplätze, Entfernungen, Entsorgungsmöglichkeiten usw. genauestens zu informieren. Nachforderungen aus Unkenntnis der Örtlichkeiten, insbesondere der Boden- und Verkehrsverhältnisse sind ausgeschlossen.

2.1 Lage der Baustelle

Die A 643 ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen im Rhein-Main-Gebiet und verknüpft die an den Rhein grenzenden Landeshauptstädte Wiesbaden (Hessen) und Mainz (Rheinland-Pfalz).



Abb.: Auszug Google Maps

2.1.1 Straßen- bzw. Baukilometer und Stationierung

Zwischen der Anschlussstelle Wiesbaden-Äppelallee und Autobahnkreuz Schierstein wird auf der A 643 der Streckenbau durchgeführt.

2.1.2 Nächster Ort

Die Baumaßnahme befindet sich in der Gemarkung Wiesbaden-Biebrich (A 643, Ostseite). In unmittelbarer Nähe befinden sich Einkaufs- und Baumärkte, sowie verschiedene Unternehmen. Hier ist die Aufrechterhaltung des Verkehrs besonders zu beachten.

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die öffentlichen Straßen können im Rahmen der straßenverkehrsrechtlichen Bestimmungen als Zufahrts- und Transportwege im Zusammenhang mit der Abwicklung der Baumaßnahme genutzt werden.

Der AN hat zu berücksichtigen, dass durch die weitgehend gleichzeitigen Bauvorhaben Einschränkungen des öffentlichen Straßennetzes entstehen werden.

Soweit der AN andere oder zusätzliche Baustellenzuwege nutzen will, obliegt ihm die Einholung der erforderlichen Zustimmungen des Baulastträgers und der Verkehrsbehörde. Es obliegt dem AN, Ausnahmen von evtl. Verkehrs- oder Widmungsbeschränkungen zu erwirken sowie die für eine Baustellennutzung ggf. gestellten Bedingungen und Auflagen zu erfüllen. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten wie Gebühren, Entschädigungen, Unterhaltungskosten sind in die Position "Baustelleneinrichtung" einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

In jedem Fall hat der AN vor Benutzung eines zusätzlichen, in der Ausschreibung nicht berücksichtigten Verkehrsweges für Baustellenverkehr den Fahrbahnzustand mit Lageplan und Fotos in einem Vermerk festzuhalten, der vom Baulastträger (Wegeeigentümer) anzuerkennen ist. Werden diese Verkehrswege von mehreren AN gemeinsam zur Abwicklung von Baustellenverkehr genutzt, ist unter den Beteiligten eine Vereinbarung über Nutzung und Haftung für evtl. dadurch verursachte Schäden abzuschließen.

Nach Abschluss der Bauarbeiten, spätestens mit Einreichung der Schlussrechnung hat der AN dem AG Bescheinigungen der Baulastträger/Eigentümer der für Baustellentransporte genutzten Verkehrswege vorzulegen, aus denen hervorgeht, dass gegen den AN oder AG keine Ansprüche aus der Benutzung der Wege bestehen. Die Bezahlung der Schlussrechnung kann von der Vorlage dieser Bescheinigung abhängig gemacht werden.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Die Baustelle ist über das öffentliche Straßennetz, wie folgt erreichbar:

Brückenbau/Behelfsbrücke (nicht Bestandteil dieser Ausschreibung)

Für die Herstellung der Behelfsbrücke, einschließlich der Unterbauten sowie dem Verlegen des Behelfsüberbaus wird die Hagenauer Straße, beziehungsweise Alte Schmelze als Zufahrt genutzt.

Die Baustelleneinfahrten und -ausfahrten sind aus den einzelnen Verkehrszeichenplänen zu entnehmen.

Straßenbau

Für die Ausführung der Leistungen des Straßenbaus erfolgt die Andienung ausschließlich über die A643 Richtungsfahrbahn Mainz.

Die Baustelleneinfahrten und -ausfahrten sind aus den einzelnen Verkehrszeichenplänen zu entnehmen.

Verkehrssicherung

Für die Durchführung des Verkehrssicherungsmaßnahmen ist die Zufahrt über die A 643 beziehungsweise der Hagenauer Straße, in Abstimmung mit den anderen Auftragnehmern, gegeben.

Die Baustelleneinfahrten und -ausfahrten sind aus den einzelnen Verkehrszeichenplänen zu entnehmen.

Allgemein

Die Verschmutzung von Straßen und Wegen, sowie Behelfsfahrstreifen ist grundsätzlich auszuschließen. Für die Reinigung von Straßen und Wegen mit einer gebundenen Fahrbahndecke ist eine selbstaufnehmende Saugkehrmaschine einzusetzen. Die erforderliche Reinigung der Straßen und Wege, sowie Behelfsfahrstreifen während der gesamten Bauzeit ist entsprechend der Verkehrssicherungspflicht abzusichern und vom Bieter in die Baustellengemeinkosten einzukalkulieren.

2.3.1 Zur Baustelle

Der AN hat das Baufeld vor Abgabe seines Angebotes selbstständig zu besichtigen und sich über die Beschaffenheit des Geländes und der Straßen und Wege Kenntnis zu verschaffen.

Die Zufahrten zu den einzelnen Baufeldern erfolgen über das öffentliche Verkehrsnetz. Aufgrund des Gesamtbauablaufes ergeben sich ständig andere Situationen. Die Baustelleneinfahrten und -ausfahrten sind aus den einzelnen Verkehrszeichenplänen zu entnehmen.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Medienanschlüsse jeder Art werden vom Auftraggeber nicht bereitgestellt. Die Aufwendungen für Beschaffung, Vorhaltung, Betrieb und Abbau bzw. Beseitigung hat der Bieter in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Der Auftragnehmer hat innerhalb der Baustelle eine Fläche/Flächen für die vorläufige Lagerung für nicht gefährliche und gefährliche Abfälle herzurichten, während der Bauzeit vorzuhalten und zu unterhalten, zu betreiben sowie zurückzubauen.

Die Flächen sind zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen (Bodenaushub, Straßenaufbruch, Beton etc.) bis zum Einsammeln auf dem Gelände der Entstehung der Abfälle vorzusehen und innerhalb der Baustelle einzurichten. Abweichungen von den gekennzeichneten Lagerflächen sind nur mit Zustimmung der zuständigen Behörden zulässig.

Soweit der Auftragnehmer weitere Flächen außerhalb der Baustelle bzw. außerhalb der vom Auftraggeber zugewiesenen Flächen zur Lagerung oder Aufbereitung nutzt, hat er die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (4. BImSchV) einzuholen und diese dem Auftraggeber vor Nutzung nachzuweisen. Ferner hat der Auftragnehmer für die Flächen auf eigene Kosten ein Beweissicherungsverfahren vor und nach Nutzung der Fläche bzw. Flächen durchzuführen.

Diese Leistungen sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Die zeitweilige Lagerung von Abfällen darf nur auf den vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Flächen außerhalb der Baustelle erfolgen. Die Flächen sind in der Unterlage des Auftraggebers gekennzeichnet.

Für die Nutzung von Flächen für die zeitweilige Lagerung von Abfällen oder Aufbereitung außerhalb der Baustelle, hat der Auftragnehmer die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (4. BImSchV) einzuholen und diese dem Auftraggeber vor Nutzung nachzuweisen. Ferner hat der Auftragnehmer für die Flächen auf eigene Kosten ein Beweissicherungsverfahren vor und nach Nutzung der Fläche bzw. Flächen durchzuführen.

Diese Leistungen sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Von dem AG werden keine Plätze für Unterkünfte ausgewiesen. Beabsichtigt der AN Unterkünfte im Bau-feld zu errichten, sind diese in dem Baustelleneinrichtungsplan anzugeben.

Die Anzahl für den AN erforderliche Unterkünfte obliegt alleinig dem AN. Einrichtungs-, Unterhaltungs- und Abbaukosten für Unterkünfte, sanitäre Anlagen, Stromversorgung, Wasserversorgungs- und -entsorgungsmöglichkeiten etc. sind in den Kosten für die Baustelleneinrichtung einzukalkulieren.

2.6 Gewässer

Die Baumaßnahme befindet sich außerhalb eines Gewässers. Der Rhein befindet sich in ca. 1000 m in Richtung Süden.

2.7 Baugrundverhältnisse

2.7.1 Geologische Verhältnisse

-entfällt-

2.7.2 Straßenbefestigungen (vorhandener Straßenoberbau)

Die Fahrbahn ist im gesamten Untersuchungsbereich dreilagig aufgebaut und weist Gesamtdicken von 0,16 - 0,40 m auf. Die Asphaltdeckschicht ist ca. 3,0 - 5,0 cm dick, die Asphaltbinderschicht weist Dicken von ca. 2,5– 10,5 cm auf und die zumeist zweilagige Asphalttragschicht hat Gesamtdicken von 12,0 - 28,0 cm.

Der Schichtenverbund zwischen den beiden Asphalttragschichten bzw. der Asphaltbinderschicht und -tragschicht ist in einigen Messstellenbereichen gestört bzw. nicht mehr vorhanden.

Insbesondere die Asphaltbinderschicht ist in Teilbereichen offenporig ausgebildet.

Der durchgeführte organoleptische Befund in Bezug auf teerhaltiges Bindemittel ist in allen Messstellenbereichen negativ bzw. unauffällig.

Im Messstellenbereich EK 4 wurde unter der bituminösen Fahrbahndecke eine 0,15m dicke Verfestigung / HGT bis in eine Tiefenlage von 0,39 m unter FOK erkundet.

2.7.3 Güte des Oberbodens (Landschaftsbau)

-entfällt-

2.7.4 Schadstoffbelastung

-entfällt-

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

- entfällt -

2.9 Schutz-Bereiche und -Objekte

2.9.1 Naturschutzgebiet

Im Untersuchungsgebiet sowie dessen weiterer Umgebung befindet sich kein Naturschutz-, Vogelschutz- und FFH-Gebieten.

2.9.2 Landschaftsschutzgebiet

Das Unterföhrungsbauwerk liegt auöerhalb des Landschaftsschutzgebietes Wiesbaden.

2.9.3 Bäume und Flurgehölze

Bäume und Flurgehölze, die nicht durch die Baumaßnahme bedingt beseitigt wurden, müssen erhalten und gesichert werden.

2.9.4 Biotope

Im Umkreis des Vorhabengebietes befinden sich mehrere geschützte Biotope gemäß § 13 Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) von 2010 (MUKLV, 2017).

2.9.5 Denkmale

Im Rahmen des Hessischen Denkmalschutzgesetzes (DschG) wird auf die Meldepflicht bei auftretenden Bodenfunden (§ 20 DschG) hingewiesen. Bis zur Beseitigung, nicht länger als 48 Stunden, sind die Objekte im ursprünglichen Zustand zu belassen. Bei Auftreten von Bodenfunden hat der AN von jedem weiteren Aufdecken oder Ändern folgende Stellen sowie den Auftraggeber sofort zu verständigen:

Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Schloss Biebrich

65203 Wiesbaden

Zu den Altertümern zählen neben den üblichen Bodenfunden auch Flurdenkmäler, wie Steinkreuze, Denk- und Erinnerungsmale sowie ältere Grenzsteine.

2.9.6 Immissionsschutz-Bereiche und –Objekte

Bezüglich des Lärmschutzes sind während der Baumaßnahmen die allgemeinen Arbeitsstättenrichtlinien einzuhalten. Es wird ausdrücklich auf die Vermeidung einer Staubbelastung hingewiesen. Die im Genehmigungsverfahren aufgeführten Immissionsschutzbereiche und -objekte beziehen sich nur auf den Endzustand.

2.9.7 Beschädigungen

Beschädigungen und Verunreinigungen der im Baufeld befindlichen Liegenschaften sind unzulässig. Für alle durch die Beseitigung von Beschädigungen und Verunreinigungen entstehenden Kosten, für die der AN verantwortlich ist, hat dieser in vollem Umfang aufzukommen. Gleiches gilt auch für Beschädigungen an Leiteinrichtungen, Fahrbahnbelägen, Zäunen etc. an den Baustellenzufahrten sowie an den angrenzenden Verkehrs- und Zufahrtswegen.

2.9.8 Schutz des Geländes

Fahrzeuge, Baumaschinen und Geräte dürfen nur mit großer Sorgfalt betankt, gewartet, repariert und abgestellt werden.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass keine grundwassergefährdenden Stoffe, wie z.B. Treibstoffe, in den Untergrund gelangen. Baufahrzeuge und Maschinen sind – soweit möglich – in arbeitsfreien Zeiten sowie für Betankungsvorgänge sicher auf wasserundurchlässigen Flächen abzustellen. Die Baumaschinen müssen gegen Tropfverluste von Öl und Treibstoffen gesichert werden.

Fahrzeuge und Baumaschinen, die Kraftstoff- und/oder Ölverluste aufweisen, sind unverzüglich aus dem Baustellenbereich zu entfernen.

Bei der Bauausführung hat der AN die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen - vom 19.08.1970 (VV Baulärm, Beilage zum BAnz. Nr. 160 vom 01.09.1970) und die 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes- Immissionsschutz-gesetzes (Geräte- und Maschinenschutzverordnung - 32. BImSchV) vom 29.08.2002 (BGBl. I, S.3478), zuletzt geändert durch Artikel 83 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I, S.1474), und damit den Stand der Technik sowie die geltenden technischen Regelwerke entsprechend einzuhalten.

Während der Bauausführung sind vermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen (insbesondere Lärm) auf die dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzwürdige Bereiche gemäß § 22 BImSchG zu verhindern.

Alle Maschinen und Geräte müssen insbesondere gemäß §3 32.BImSchV mit der entsprechenden CE-Kennzeichnung und der Angabe des garantierten Schallleistungspegels (LWA) versehen sein und zu jedem Gerät und jeder Maschine muss die Kopie der EG- Konformitätserklärung nach Art. 8 Abs. 1 RL 2000/14/EG und nach §3(1) Satz 5 der BImSchV beigefügt sein. Die LWA - Angabe muss verordnungskonform „sichtbar, lesbar und dauerhaft haltbar“ an jedem Gerät und jeder Maschine angebracht sein. Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, die nicht dem Anwendungsbereich der 32.BImSchV unterfallen, müssen anderweitig als „lärmarm“ (z.B. „Blauer Engel – weil lärmarm“) zertifiziert sein, damit sie auf der Baustelle verwendet werden dürfen.

2.10 Anlagen im Baubereich

-entfällt-

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Der Auftragnehmer hat mit geeigneten Maßnahmen die Verkehrssicherheit an den öffentlichen Wegen zu gewährleisten und die Baustelle kenntlich zu machen. Die Anordnung von Bauzäunen, Schildern, Absperrschranken o.ä. ist Sache des Auftragnehmers. Die Aufwendungen hierfür sind in die Baustelleneinrichtungspositionen einzukalkulieren.

Entlang der Hagenauer Straße sind zur Abgrenzung des Baufeldes Bauzäune zu errichten. Im Leistungsverzeichnis ist hierfür eine entsprechende Position enthalten.

Die Zugänge zum Baufeld sind außerhalb der Bautätigkeit zu verschließen, um das unbefugte Betreten Dritter zu unterbinden.

2.11.1 Straßenverkehr

Der Straßenverkehr auf den angrenzenden Straßen ist während der gesamten Bauzeit – möglichst störungsarm – aufrecht zu erhalten. Ausgenommen sind vom AG (Straßenverkehrsamt) zu genehmigende Einschränkungen. Die Einschränkungen sind anhand des Bauablaufes abgestimmt.

2.11.1.1 Bauschilder

Zur Information der Öffentlichkeit über die Baumaßnahme wurden bereits Baustelleninformationstafeln aufgestellt.

2.11.2 Verkehr auf dem Geh- und Radweg

Es ist immer mindestens eine Geh- und Radwegverbindung aufrecht zu erhalten.

3.0 Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Für alle Verkehrsumleitungen, -beschränkungen und -sperrungen sind die Verkehrssicherungspläne / Verkehrszeichenpläne bereits erstellt worden und liegen der Ausschreibung bei. Die Pläne sind bereits im Vorfeld mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt.

Für die rechtzeitige Errichtung bzw. Änderung der Verkehrsführung ist der geplante Baubeginn mit einem Vorlauf von 14 Kalendertagen zu benennen.

3.1.1 Allgemeines

Für die Durchführung dieser Baumaßnahme sind Maßnahmen zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung erforderlich. Die Arbeiten sind unter Aufrechterhaltung des Verkehrs durchzuführen.

Auf der A643 in Wiesbaden wird aufgrund des schlechten Zustands des Bauwerks 8 die Brücke durch einen Neubau ersetzt. Das alte Bauwerk soll bis zur endgültigen Fertigstellung des Ersatzneubaus und der neuen Anschlussrampe im Betrieb bleiben.

Für die Umsetzung der Bauleistung wird weiterhin eine 2+2 Verkehrsführung eingerichtet, wodurch der Verkehr auf Höhe des Baufeldes verschwenkt werden muss. Im Zuge der Baumaßnahme werden für bestimmte Arbeiten Sperrungen auf der Hagenauer Straße/Alte Schmelze benötigt, wofür Umleitungen eingerichtet werden.

Einzelheiten zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung sind auch den dazugehörigen Verkehrszeichenplänen zu entnehmen, die den Ausschreibungsunterlagen als Anlagen beigelegt sind.

Der AN hat mit dem für die Baumaßnahme zuständigen Unternehmen eng zusammen zu arbeiten, um einen Bauverzug aus Behinderung der Ausführung zu verhindern.

Die Terminierung der erforderlichen Eingriffe in den Verkehr der A643 ist von AN mit der ebenfalls noch zu beauftragenden Baumaßnahme der Erneuerung und Umbaus des Schiersteiner Brücke und Schiersteiner Kreuzes fortlaufend aufeinander abzustimmen.

Bei Festlegung der genauen Ausführungszeiten ist zu beachten, dass der Auf- und Rückbau außerhalb montags und freitags, nicht an Ferienzeite-WE, verlängerten WE oder Feiertagen und nach den Zeitvorgaben des SMS stattfinden dürfen.

Die AKD (Arbeitsstellen von kürzerer Dauer) dürfen nur in Abstimmung mit der zuständigen Autobahnmeisterei und mit dem beauftragten Verkehrssicherungsunternehmen eingerichtet und müssen spätestens 1-Woche im Voraus gemeldet und durchgeführt werden.

Die Verkehrsführung auf der jeweiligen Richtungsfahrbahn (RF) erfolgt in Anlehnung an die Regelpläne der Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA).

Einzelheiten zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung sind den beigefügten Verkehrszeichenplänen zu entnehmen.

Grundlagen zur Durchführung der Verkehrssicherung in den jeweils am Tag der Veröffentlichung der Ausschreibung gültigen Fassungen und mit den Ergänzungen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) sind:

- Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (VwV-StVO)
- Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21)
- Technische Regeln für Arbeitsstätten (ASR A5.2)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)
- Technische Lieferbedingungen für Leitbaken (TL-Leitbaken).
- Technische Liefer- und Prüfbedingungen für vertikale Verkehrszeichen (TLP VZ)
- Technische Lieferbedingungen für transportable Schutzeinrichtungen (TL-Transportable Schutzeinrichtungen 97)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen (ZTV VZ)
- Merkblatt für die Wahl der lichttechnischen Leistungsklassen (ML V)
- Hessischer Verkehrszeichenplan-Katalog mit Anpassung an die aktuelle RSA

Die Leistungen umfassen die Einrichtung, Umlegungen und den Abbau der jeweiligen Verkehrsführung für alle Bauphasen einschließlich Vorhalten, Unterhaltung und Wartung. Der AN hat alle für die Sicherheit der Arbeiten und des fließenden Verkehrs erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Das Einrichten, Umlegen und Räumen der erforderlichen Verkehrssicherung zählt grundsätzlich zur Gesamtbauzeit und ist in Form von Arbeitsstellen kürzerer Dauer durchzuführen.

Bei Arbeitsstellen längerer Dauer (AID) muss der Aufbau und Abbau der Baustellenverkehrsführung auf Grundlage des HE VZP-Katalogs für AID erfolgen. Für die Absicherung der einzelnen Phasen, im Zuge von Tagesbaustellen gilt der HE VZP-Katalog für AkD mit Anpassungen an die aktuelle RSA.

Arbeitsstellen kürzerer Dauer dürfen nur nach verkehrsrechtlicher Anordnung durch die zuständige Autobahnmeisterei durchgeführt werden. Vor Beginn der Arbeiten ist vorab, mit Angabe eines Verkehrszeichenplans gemäß Hessischem Verkehrszeichenplan-Katalog (HE VZP-Katalog) mit Anpassung an die aktuelle RSA, ein Antrag auf Erteilung einer verkehrsrechtlichen Anordnung bei dieser zu stellen.

Angeordnet werden sowohl der typisierte Verkehrszeichenplan als auch alle dazugehörigen Phasenpläne zum Auf- und Abbau der Arbeitsstelle. Ist die anzuordnende Verkehrsführung im HE VZP-Katalog nicht

enthalten, ist ein Verkehrszeichenplan stets auf Grundlage des HE VZP-Katalogs mit Anpassung an die aktuelle RSA zu erstellen.

Die Verkehrszeichenplan-Kataloge stehen im Internetangebot von Hessen Mobil zum Download bereit.

Die Durchführungszeit und die Verkehrsführung werden individuell mit Hilfe des Management- und Informationssystems für Arbeitsstellen durch die zuständige Autobahnmeisterei der Autobahn GmbH des Bundes so gewählt, dass kein Stau zu erwarten ist. Aus diesem Sachverhalt kann auch die Notwendigkeit respektieren, Arbeiten während der Nachtzeit und/oder am Wochenende auszuführen.

Spätestens eine Woche vor Einrichtung der Arbeitsstelle wird ein Koordinierungsgespräch durchgeführt. Grundlagen für dieses Gespräch sind die Verkehrszeichenpläne und eine vom AN erstellte Ablaufplanung zur Einrichtung, zur Umlegung und zum Abbau der Verkehrssicherung zu den einzelnen Bauphasen. Die einzelnen Phasen der Einrichtung werden hierbei abgestimmt und im Protokoll festgehalten. Die Ablaufplanung gemäß Anlage „Ablaufplanung Aufbau/Umlegung/Abbau der Verkehrssicherung“ muss die zeitliche Abfolge der zur Einrichtung notwendigen Regelpläne der Arbeitsstellen kürzerer Dauer enthalten. Der Ablaufplan und der Antrag auf die verkehrsrechtliche Anordnung muss spätestens 12 Tage vor Beginn der Einrichtung der Verkehrsführung eingereicht werden.

Alle Verkehrsführungen, die zur Einrichtung der Arbeitsstelle längerer Dauer eingerichtet werden müssen, werden im Anschluss an das Koordinierungsgespräch gemäß der im Protokoll festgehaltenen und abgestimmten Ablaufplanung von der Leitung der zuständigen Autobahnmeisterei angeordnet. Der Beginn der Arbeiten ist der Meisterei arbeitstäglich anzuzeigen.

Eingriffe in den Straßenraum (Sperrung eines Fahrstreifens) müssen grundsätzlich durch die jeweilige Autobahnmeisterei erfragt werden, wenn im Anordnungsschreiben nichts anderes festgelegt wurde.

Der AN hat für die Sicherungsmaßnahmen einen Verantwortlichen nach RSA zu benennen. Dieser Verantwortliche muss jederzeit Zugriff auf die Arbeitsstelle vor Ort haben und Entscheidungsvollmacht zur Umsetzung der verkehrsrechtlichen Anordnungen besitzen. Die Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem "Merkblatt über die Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnis zur Verkehrssicherheit von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS 1999)" ist nachzuweisen. Bei ausländischen Bietern wird ein gleichwertiger Qualifikationsnachweis anerkannt.

3.1.2 Verkehrseinrichtungen

Zur Sicherung von Arbeitsstellen von kürzerer Dauer sind bei Arbeiten auf der Fahrbahn grundsätzlich fahrbare Absperrtafeln mit Blinkpfeil (Zeichen 616) einzusetzen, deren Abstand von der Arbeitsstelle mindestens 100 m betragen muss. Bei fahrbaren Absperrtafeln muss die Steuerung des Blinkpfeils über eine Fernbedienung vom Fahrerhaus erfolgen. Manuell einzurichtende Blinkpfeile sind nicht zugelassen. Arbeitsfahrzeuge und Geräte müssen eine Sicherheitskennung nach DIN 30710 und mindestens eine Kennleuchte für gelbes Blinklicht besitzen. Des Weiteren gilt § 52 (4) und § 53 (6) der StVZO.

Das Zugfahrzeug der fahrbaren Absperrrtafel muss ein zulässiges Gesamtgewicht von mindestens 7,49 t aufweisen. Abweichend davon dürfen in Rampenbereichen auch Zugfahrzeuge mit geringerem zulässigem Gesamtgewicht eingesetzt werden.

Der AN haftet für alle evtl. Schäden, die durch Dritte verursacht werden, wenn diese durch unsachgemäße Verkehrssicherungseinrichtungen entstanden oder auf mangelhafte Wartung zurückzuführen sind.

Dynamische Ortung von Arbeitsstellen:

Im Bereich von Hessen kommt ein System zur dynamischen Ortung von Arbeitsstellen (DORA) zum Einsatz. Wesentliches Element ist die Ausstattung der fahrbaren Absperrrtafeln mit einem Gerät (BaSa, Baugruppe Sicherungsanhänger), dass die automatische Übermittlung von Position und Pfeilstellung der fahrbaren Absperrrtafeln an die Verkehrszentrale Deutschland (VZD) ermöglicht.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Übertragung der Daten seiner zur Leistungserbringung eingesetzten Absperrrtafeln sicher zu stellen. Die eingesetzten fahrbaren Absperrrtafeln müssen hierfür mit einer BaSa ausgestattet werden, die per Mobilfunk die Datenübertragung an die VZD sicherstellt.

Die technischen Spezifikationen zur Datenübermittlung an den DORA-Server sind in der Anlage "DATEX II-Schnittstelle zum DORA-Server" dargestellt und müssen eingehalten werden.

Zum Testen der erforderlichen Kommunikation zwischen der Einheit der fahrbaren Absperrrtafeln und der Verkehrsrechnerzentrale wird die Autobahn GmbH des Bundes den Auftragnehmer nach der Vergabe des Auftrags kontaktieren, um die spezifischen Daten wie z.B. die Informationen der sim-Karte abzufragen und einen Termin zum Testen der Kommunikation zu vereinbaren. Der zuständige Ansprechpartner bei der Autobahn GmbH des Bundes wird über folgende Nummer erreicht: +49 30640968947.

Ab dem 01.10.2014 dürfen nur überprüfte fahrbare Absperrrtafeln zur Sicherung von Arbeitsstellen eingesetzt werden. Bestehende Verträge sind nicht betroffen.

Datenschutz und Haftung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Geheimhaltung der Zugangsdaten zum DORA-Server. Bei Zuwiderhandlung haftet er für sämtliche damit zusammenhängenden Schäden und Betriebsstörungen.

Mit dem Abschluss des Vertrages ist die Autobahn GmbH des Bundes über die gesamte Laufzeit befugt, die über die definierte Schnittstelle zur Verfügung gestellten Daten unentgeltlich zu nutzen und (z.B. für verkehrliche Zwecke) an Dritte weiterzugeben. Personenbezogene Daten werden nicht erhoben.

3.1.3 Beschilderung, Wegweisung, Baken, Markierung, transp. Schutzeinrichtungen

Montage von Aufsatzschildern auf vorhandene Wegweiser:

Die Aufsatzschilder sind mittels Rohrpfeuten rückseitig an die vorhandene Wegweisung zu montieren, Durchmesser nach statischen Erfordernissen. Es sind immer mindestens 2 Rohrpfeuten vorzusehen, um

ein Verdrehen des Aufsatzschildes zu verhindern. Der Abstand zwischen den Rohrpfeuten eines Aufsatzschildes beträgt max. 1250 mm. Die Rohrpfeuten sind mittels Alform-Klemmschellen an die rückseitigen Schildversteifungen sowie an den Alformrahmen zu befestigen. Dabei ist die Rohrpfeutenlänge so zu wählen, dass sie am vorhandenen Wegweiser mindestens über 2 Felder, also über 2 Versteifungen plus Alformrahmen reicht. Bei der Gestaltung der Aufsatzschilder ist zu beachten, dass die Windersatzfläche des Bauwerks nicht überschritten wird. Diese ist nach Erfordernis beim AG zu erfragen. Die max. Schildbreite eines Aufsatzschildes beträgt 3500 mm. Eine Befestigung nur am Alform Rahmen ist nicht zugelassen!

3.1.4 Arbeiten bei Nacht

Eine Arbeitsstelle bei Dunkelheit ist mit blendfreien Leuchtmitteln gemäß DIN EN 12464-2 zu beleuchten. Die Warnkleidung gemäß DIN EN 471 muss in kompletter Ausführung getragen werden.

3.1.5 Abnahme der Verkehrsführung

Die Abnahme der Verkehrsführung hat unverzüglich nach ihrer Einrichtung bzw. nach jeder Umlegung zu erfolgen. Der Termin der Abnahme ist einvernehmlich vor Freigabe der Verkehrsführung zwischen AG und AN der Verkehrssicherung zu vereinbaren. Über die Abnahme ist ein Protokoll zu fertigen. Es ist analog zur Einrichtung der Verkehrsführung eine Abnahme des Rückbaus durchzuführen. Festgestellte Beanstandungen sind unverzüglich, möglichst noch während der Abnahme, zu beseitigen.

Eine Änderung des angeordneten Verkehrszeichenplans während der Abnahme ist ohne Beteiligung der Abteilung Baustellenmanagement der Außenstelle Darmstadt nicht zulässig. Ist eine Abweichung vom Verkehrszeichenplan notwendig, muss hierzu eine entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung erfolgen.

3.1.6 Kontrolle und Wartung

Der Auftragnehmer hat die Baustelle während der gesamten Bauzeit, einschließlich aller arbeitsfreien Tage (Samstage, Sonn- und Feiertage), gemäß ZTV-SA, Abschnitt 7, zu kontrollieren und zu warten.

Die Kontrolle hat zu folgenden Zeiten zu erfolgen:

1. Kalendertäglich zwischen 4:00 Uhr und 6:00 Uhr
2. Kalendertäglich zwischen 20:00 Uhr und 22:00 Uhr.

Des Weiteren muss der Auftragnehmer der Verkehrssicherung generell nach jedem Unwetter eine Kontrolle der Verkehrsführung durchführen. Die Kontrolle der Arbeitsstellensicherung ist beweissicher zu dokumentieren.

Die Baustelle ist auf Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit zu überprüfen und für die sofortige Behebung aufgetretener Mängel ist Sorge zu tragen. Die gesamte Verkehrssicherungseinrichtung ist zu unterhalten, die Beschilderung und Absperrung bei Verschmutzung rechtzeitig zu säubern.

Die Kontrolle der Arbeitsstelle umfasst die Aufgaben entsprechend der ZTV-SA. Ergänzend hierzu ist das Ersetzen von Reflektoren der Schutzeinrichtung, sofern sie die Aufgaben der Markierung übernehmen und sobald drei Reflektoren in Folge fehlen, vorzunehmen.

Bei Schäden an der Baustelleneinrichtung, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, ist spätestens eine Stunde nach Benachrichtigung mit der Beseitigung zu beginnen.

Beginn und Ende jeder Kontrollfahrt sind über ein Kontrollgerät beweissicher an der Baustelle zu dokumentieren (z. B. mittels Stechuhr oder elektronischem Baustellenüberwachungsgerät) und der zuständigen Autobahnmeisterei einmal wöchentlich in Form eines Ausdrucks zur Kontrolle vorzulegen. Das Kontrollgerät ist im Baustellenbereich jeweils am Anfang und Ende der Baustelle zu montieren und gegen unberechtigtes Entfernen zu sichern.

3.1.7 Änderung der Verkehrsführung

Alle grundsätzlichen Änderungen einer Arbeitsstellenverkehrsführung und der Beschilderung, die nicht in der ursprünglichen Anordnung vorgesehen waren, bedürfen der Anordnung durch die Abteilung Baustellenmanagement der Außenstelle Darmstadt. Sie müssen durch den Auftragnehmer umgesetzt und anschließend abgenommen werden.

Bauzeitverlängerungen/-verkürzungen von der genehmigten Bauzeit sind der Abteilung Baustellenmanagement der Außenstelle Darmstadt unverzüglich anzuzeigen. Die genehmigten Verkehrszeichenpläne sind an den Genehmigungszeitraum gebunden. Sie verlieren ihre Gültigkeit, wenn die festgelegte Zeit abgelaufen ist.

3.1.8 Beendigung der Verkehrsführung

Der AN meldet die Beendigung der Verkehrsführung schnellstmöglich, eine Woche vor Abschluss der Baumaßnahme, der zuständigen Autobahnmeisterei. Falls bei dem Koordinierungsgespräch vor Einrichtung der Arbeitsstelle nicht alle Abläufe zum Abbau der Verkehrsführung abgestimmt werden konnten, ist ein zusätzliches Gespräch vor dem Abbau durchzuführen. Der Abbau der Verkehrsführung erfolgt wie das Einrichten mit Arbeitsstellen kürzerer Dauer. Es ist analog zur Einrichtung der Verkehrsführung eine Abnahme des Rückbaus durchzuführen.

3.1.9 Gleichzeitig laufende Arbeiten

Fachgewerk Brückenbau

Fachgewerk Straßenbau

3.2 Bauablauf

In den folgenden Kapiteln wird der Bauablauf für die Fachgewerke erläutert.

- Brückenbau/Behelfsbrücke (nicht Bestandteil dieser Ausschreibung)
- Straßenbau (nicht Bestandteil dieser Ausschreibung)
- Verkehrssicherung

Es wird hiermit auch nochmals ausdrücklich auf die aufgeführten gleichzeitig laufenden Arbeiten hingewiesen.

Grundsätzlich befindet sich die Baumaßnahme in beengten Baufeldern. Die Gerätewahl sowie die Baulogistik sind darauf abzustimmen. Erschwernisse sind in den entsprechenden Positionen einzukalkulieren.

3.2.1 Brückenbau und Straßenbau + Verkehrssicherung

Verkehrssicherung: Die Verkehrssicherung wird zunächst anhand des VZP aufgebaut. Auch müssen Gelbmarkierungstreifen gemäß VZP eingesetzt werden. Im Bereich der Stadtstraße sind nächtliche Spursperren auszuführen. Die Sperrzeiten sind wochentags von 22:00 Uhr bis 05:00 Uhr.

Brückenbau: Die Arbeiten für die Herstellung/Abbruch der Brücke beginnen. Zunächst erfolgt die Herstellung der Gründung durch Herstellen der Bohlträger. Bedingt durch die engen Platzverhältnisse sind die Arbeiten nachts von 22:00 Uhr bis 05:00 Uhr wechselseitig auszuführen. Hierfür wird jeweils eine Fahrspur im Zuge der Hagenauer Straße / Alte Schmelze gesperrt. Die Andienung des Gerätes und des Materials kann ausschließlich über die Stadtstraße erfolgen und ist bei der Gerätewahl zu berücksichtigen. Zunächst sind die einzelnen Baufelder herzurichten, sodass die Standsicherheit des Gerätes gewährleistet wird.

Straßenbau: Die Arbeiten finden entsprechend den VZP Plänen als auch den Bauphasen 2 bis 8 statt.

3.2.2 Fixierte Zwischentermine und Vertragsstrafen

Die zur Abwicklung des Vertrages erforderlichen Einzelfristen sind in den Besonderen Vertragsbedingungen zu entnehmen.

3.2.3 Bedingungen für Arbeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeit

Gemäß dem Leitfaden zum Arbeitsstellenmanagement auf Autobahnen wird die Baustelle als Betriebsform 4 – Baustelle ausgeschrieben. Das bedeutet, dass – wenn es zur Einhaltung der Termine erforderlich ist oder wenn es andere baubetriebliche Zwänge gibt – rund um die Uhr gearbeitet werden kann bzw. muss.

3.2.4 Arbeiten bei Dunkelheit

Eine Arbeitsstelle bei Dunkelheit ist mit blendfreiem Leuchtmitteln gemäß DIN EN 12464-2 zu beleuchten.

3.2.5 Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

Bei der Umsetzung dieser Ausschreibung sind mehrere Unternehmen beteiligt. Die sich daraus ergebenden Schnittstellen sind in termin- und fachlicher Hinsicht abzustimmen. Eine gegenseitige Rücksichtnahme ist vorausgesetzt.

Alle Nachunternehmer des AN (z. B. Fachfirmen zum Leitungsbau o. ä.) sind komplett vom AN zu koordinieren. Der AN trägt gegenüber dem AG die volle Verantwortung für alle ihm übertragenen Aufgaben. Ansprechpartner und Vertragspartner gegenüber dem AG ist immer nur der AN.

3.3 Wasserhaltung

Durch das anstehende Grundwasser sind keine Maßnahmen erforderlich.

3.4 Baubehelfe

-Brückenbau-

3.5 Stoffe, Bauteile

-entfällt-

3.5.1 Straßenbau

-Straßenbau-

3.5.2 Brückenbau

-Brückenbau-

3.6 Abfälle

3.6.1 Allgemeines

Der Auftraggeber ist als Veranlasser von Arbeiten, bei denen Abfälle anfallen, Abfallerzeuger und somit für eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung bzw. für eine Beseitigung ohne eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit verantwortlich.

Dem Auftragnehmer wird gemäß § 22 KrWG die Erfüllung der Entsorgungspflicht übertragen.

Bei der Entsorgung des Abfalls endet die vertragliche Verpflichtung des Auftragnehmers erst mit der vollständigen ordnungsgemäßen Entsorgung des Abfalls. Die Übernahme sowie die vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Abfälle und Ausbaustoffe hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie der einschlägigen umwelt- und abfallrechtlichen Bestimmungen zu erfolgen.

Die Entsorgung von gefährlichen Abfällen hat nur über zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe (§ 56 Nr. 2 KrWG) und zugelassene Beförderer (§ 54 KrWG) zu erfolgen. Vom Auftragnehmer ist sicherzustellen, dass seine mit der Entsorgung beauftragten Nachauftragnehmer zuverlässig und für die Entsorgung der anfallenden Abfälle fachlich geeignet sind. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den Wechsel des Entsorgers oder über Abstimmungs-/Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren.

Vor Baubeginn benennt der Auftragnehmer dem Auftraggeber in Textform den Vor- und Zunamen der für den rechtmäßigen Umgang mit den anfallenden Ausbaustoffen bzw. Abfällen verantwortlichen Person/ Abfallbeauftragter und dessen Vertreter.

Abfälle und sonstige Ausbaustoffe sind, sofern in den Leistungspositionen nichts anderes vereinbart ist, nach Wahl des Auftragnehmers zu entsorgen. Die Entsorgungskosten sind in die jeweiligen Positionen für die Entsorgung mit einzurechnen.

Die gefährlichen Abfälle sind durch den Auftragnehmer auszubauen und zu einer zugelassenen Entsorgungsanlage nach Vorgabe des AG zu transportieren.

3.6.2 Probenahme und Abfalldeklaration

-entfällt-

3.6.3 Nicht gefährliche Abfälle

-Straßenbau-

3.6.4 Gefährliche Abfälle

-Straßenbau-

3.6.5 Entsorgungskonzept

-Straßenbau-

3.6.6 Bodenlogistikkonzept

-Straßenbau-

3.7 Winterbau

Winterbau ist zulässig, soweit die technischen Vorschriften eingehalten werden. Notwendige Maßnahmen sind in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzurechnen (siehe hierzu auch ZTV-ING, Teil 6, Abschnitt 3). Es sind alle mit der Leistungserbringung in der Winterperiode verbundenen Mehraufwendungen einzukalkulieren.

3.8 Beweissicherung/Zustandsfeststellung

-entfällt-

3.9 Sicherungsmaßnahmen

3.9.1 Schutzgerüste, -gänge und -wände für öffentlichen Verkehr

Die Baustelle ist gemäß den Unfallverhütungsvorschriften (UVV), den Vorschriften und Richtlinien der Berufsgenossenschaft und der Straßenverkehrsordnung zu sichern. Sämtliche Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie z. B. die Herstellung, Umstellung und Rückbau von Schutzgeländern, Bauzäunen, Absperrungen, Schutzgerüsten, Beschilderungen usw. gehen, sofern sie nicht als Leistung im Leistungsverzeichnis aufgeführt sind, zu Lasten des AN. Die Kosten hierfür sind in die Baustelleneinrichtungsposition einzurechnen.

Gemäß den in Frage kommenden Vorschriften und Richtlinien der Berufsgenossenschaft zum Schutze des Verkehrs vor Dampf und Staub, der beim Abbruch oder Vorbereiten der Asphaltflächen entsteht, sind bei allen Bauphasen entsprechende Maßnahmen zu berücksichtigen.

Für die Brückenbauarbeiten sind die darunterliegenden Gefahrenbereiche so zu sichern, dass der Verkehr auf den Ufer- und Wasserwegen nicht gefährdet wird und kein Sachschaden entsteht.

Den Anweisungen des vom AG bestellten SiGeKo ist Folge zu leisten.

Alle aus der Tätigkeit des SiGeKo festgelegten Maßnahmen dienen der Einhaltung von Arbeitsschutz- und berufsgenossenschaftlichen Regeln.

3.10 Belastungsannahmen (Brückenbau)

- Brückenbau –

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

3.11.1 Bestimmung der Dicken von Oberbauschichten

-Straßenbau-

3.11.2 Vermessungsleistung

-Straßenbau-

3.11.3 Aufmaßverfahren

-Straßenbau-

3.12 Prüfungen und Nachweise

3.12.1 Erstprüfungen

-Straßenbau-

3.12.2 Eigenüberwachungsprüfungen

-Straßenbau-

3.12.3 Kontrollprüfungen

-Straßenbau-

3.13 Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (Sige-Plan)

Die Vorankündigung einer Baumaßnahme hat spätestens zwei Wochen vor Baubeginn bei der zuständigen Arbeitsschutzbehörde zu erfolgen. Die Erstellung der Vorankündigung übernimmt der Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator – SiGeKo des AG.

3.13.1.1 Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator während der Ausführung des Bauvorhabens stellen

Für die Maßnahme wird zur Koordinierung gemäß Baustellenverordnung vom AG ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator bestellt. Dieser wird mit jeder Begehung auf der Baustelle die Gefahrensituationen beurteilen und in einem Bericht festhalten. Entsprechend der Anweisungen des SiGeKo wird der AG den AN auf Bemängelungen aufmerksam machen. Die Zusammenarbeit mit dem SiGeKo ist in der entsprechenden Position einzukalkulieren.

4.0 Ausführungsunterlagen

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

4.1.1 Pläne

Vom AG werden Verkehrszeichenpläne zur Verfügung gestellt:

- Anlage 4 Bauphasenpläne
- Anlage 5 VZP 02
- Anlage 6 VZP 03 Sperrung
- Anlage 7 VZP 04
- Anlage 8 VZP 05 Sperrung
- Anlage 9 VZP 06
- Anlage 10 VZP 07
- Anlage 11 VZP 08 Sperrung Fußweg
- Anlage 12 VZP 09 Sperrung Fußweg
- Anlage 13 VZP 10 Sperrung Hagenauer Str.
- Anlage 14 VZP 11 Sperrung Fahrbeziehung
- Anlage 15 VZP 12 Sperrung Fahrbeziehung
- Anlage 16 VZP 13 Sperrung Rampe Äppelallee
- Anlage 17 VZP 14 Sperrung Rampe RÜ-MZ
- Anlage 18 VZP 15 Sperrung Rampe MZ-Ffm
- Anlage 19 offener Mittelstreifen
- Anlage 20 Musterzeichnungen Arbeitsstellen-Informationsschild

4.2 Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende und ggf. fortzuschreibende Ausführungsunterlagen

4.2.1 Bautagesberichte

Der AN hat die Bautagesberichte zu führen und dem AG täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein könnten. Dies betrifft insbesondere:

- Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit,
- Witterung (Temperaturen, Niederschlagsmenge, Luftfeuchtigkeit),
- Anzahl und Qualifikation der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- eingesetzte Nachunternehmer / andere Unternehmer,
- Anzahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen,
- Art, Umfang und Ort (Station, Bauteil) der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierzeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige Vorkommnisse.

Die Leistungen für das Erstellen der Bautagesberichte und die Vorlage beim AG wird nicht gesondert vergütet.

5.0 Anzuwendende technische Regelwerke

Beziehen sich Anforderungen in der Vergabeunterlage auf nationale Vorschriften bzw. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen und andere technische Bezugssysteme, die von europäischen Normungsgremien erarbeitet wurden oder nationale Normen, nationale technische Zulassungen oder nationale technische Spezifikationen für die Planung, Berechnung und Ausführung von Bauwerken und den Einsatz von Produkten, so werden gleichwertige Nachweise ebenso anerkannt.

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen, die Vertragsbestandteil werden finden sich in der zum Bauvertrag gehörenden Anlage Auflistung der anzuwendenden „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen“ (z. B. ZTV E-StB,, ZTV Asphalt-StB, ZTV-ING) mit ihrem jeweiligen Ausgabedatum.

5.1 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (Einzelfälle NL/Bundesländer beachten)

<input type="checkbox"/> ZTV Asphalt - StB 07	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt, Ausgabe 2007/Fassung 2013
<input type="checkbox"/> TL Asphalt - StB 07	Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen, Ausgabe 2007, Fassung 2013
<input type="checkbox"/> TP Asphalt - StB 07	Technische Prüfvorschriften für Asphalt, Ausgabe 2007, Stand März 2023
<input type="checkbox"/> ZTV A - StB 12	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2012
<input type="checkbox"/> ZTV Baumpflege 17	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflege, Ausgabe 2017
<input type="checkbox"/> ZTV BEA - StB 09	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Asphaltbauweisen; Ausgabe 2009, Fassung 2013
<input type="checkbox"/> ZTV BEB - StB 15	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen - Betonbauweisen, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> TL BEB - StB 15	Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Betonbauweisen, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> TP B - StB 15	Technische Prüfvorschriften für Verkehrsflächenbefestigungen – Betonbauweisen, Ausgabe 2015, Stand 07/23
<input type="checkbox"/> ZTV Beton - StB 07	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007/Fassung 2013 – Korrekturen, Stand: August 2012
<input type="checkbox"/> TL Beton - StB 07	Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und

	Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007/Fassung 2013– Korrekturen, Stand: August 2012
<input type="checkbox"/> TP Beton - StB 10	Technische Prüfvorschriften für Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2010
<input type="checkbox"/> ZTV E - StB 17	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017
<input type="checkbox"/> TL BuB E-StB 20	Technische Lieferbedingungen für Böden und Baustoffe im Erdbau des Straßenbaus, Ausgabe 2020, Fassung 2023
<input type="checkbox"/> ZTV Ew-StB 25	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2025
<input checked="" type="checkbox"/> ZTV FRS 13	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme, Ausgabe 2013, Fassung 2017
<input checked="" type="checkbox"/> TL BSWF 96	Technische Lieferbedingungen für Betonschutzwand-Fertigteile, Ausgabe 1996
<input type="checkbox"/> ZTV Fug-StB 15	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> TL Fug-StB 15	Technische Lieferbedingungen für Fugenfüllstoffe in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> ZTV Groß- Baumverpflanzung 05	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für das Verpflanzen von Großbäumen und Großsträuchern, Ausgabe 2005
<input type="checkbox"/> ZTV-ING 25	Fortschreibung der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING) – Ausgabe 2025/02
<input type="checkbox"/> TL/TP-ING 25	Fortschreibung der Technischen Lieferbedingungen und Technischen Prüfvorschriften für Ingenieurbauten (TL/TP-ING) – Ausgabe 2025/02
<input type="checkbox"/> ZTV La-StB 18	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2018
<input type="checkbox"/> ZTV LW 16	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Befestigung ländlicher Wege, Ausgabe 2016
<input type="checkbox"/> TL LW 16	Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen, Baustoffe, Baustoffgemische und Bauprodukte für den Bau ländlicher Wege, Ausgabe 2016
<input type="checkbox"/> ZTV LSW 22	Zusätzlich Technische Vertragsbedingungen für Lärmschutzwände, Ausgabe 2022
<input checked="" type="checkbox"/> ZTV M 13	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen, Ausgabe 2013
<input checked="" type="checkbox"/> TL M 23	Technische Lieferbedingungen für Markierungsmaterialien, Ausgabe 2023

<input checked="" type="checkbox"/> TP M 24	Technische Prüfbedingungen für Markierungssysteme, Ausgabe 2024
<input type="checkbox"/> ZTV Pflaster-StB 20	Technische Regelwerke im Straßenbau, Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen, Ausgabe 2020
<input type="checkbox"/> TL Pflaster-StB 06	Technische Regelwerke im Straßenbau, Technische Lieferbedingungen für Bauprodukte zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen, Ausgabe 2006, Fassung 2015
<input type="checkbox"/> ZTV RDO Beton-StB 20	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Betondecken im Oberbau von Verkehrsflächen bei Anwendung der RDO Beton, Ausgabe 2020
<input checked="" type="checkbox"/> ZTV SA 97	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 1997
<input type="checkbox"/> ZTV SoB-StB 20	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2020
<input type="checkbox"/> TL SoB-StB 20	Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2020, Stand 2023
<input checked="" type="checkbox"/> ZTV Transportable LSA 23	Zusätzlich Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für transportable Lichtsignalanlagen, Ausgabe 2023
<input checked="" type="checkbox"/> TL Transportable LSA 23	Technische Lieferbedingungen für transportable Lichtsignalanlagen, Ausgabe 2023
<input type="checkbox"/> ZTV Verm-StB 01	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 2001
<input checked="" type="checkbox"/> ZTV VZ 11	Zusätzlich technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen, Ausgabe 2011
<input checked="" type="checkbox"/> TLP VZ 11	Technische Liefer- und Prüfbedingungen für vertikale Verkehrszeichen, Ausgabe 2011
<input type="checkbox"/> ZTV W 12	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen – Wasserbau für Wasserbauwerke aus Beton und Stahl; Ausgabe 2012, Stand 2019
<input type="checkbox"/> ZTV ZEB-StB 06	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Zustandserfassung und -bewertung von Straßen, Ausgabe 2006 - Korrekturblatt und Änderung Anhang 8 von 2018
<input checked="" type="checkbox"/> TL Absperrschranken 97	Technische Lieferbedingungen für Absperrschranken, Ausgabe 1997
<input checked="" type="checkbox"/> TL Absperrtafeln 97	Technische Lieferbedingungen für Absperrtafeln, Ausgabe 1997

<input type="checkbox"/> TL AG-StB 09	Technische Lieferbedingungen für Asphaltgranulat, Ausgabe 2009
<input checked="" type="checkbox"/> TL Aufstellvorrichtung 97	Technische Lieferbedingungen für Aufstellvorrichtungen, Ausgabe 1997
<input type="checkbox"/> TL Baumschulpflanzen 20	Technische Lieferbedingungen für Baumschulpflanzen, Ausgabe 2020
<input type="checkbox"/> TL BE-StB 15	Technische Lieferbedingungen für Bitumenemulsionen, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> TL Bitumen-StB 25	Technische Lieferbedingungen für Straßenbaubitumen und gebrauchsfertige Polymermodifizierte Bitumen, Ausgabe 2025
<input type="checkbox"/> TL G DSH-V-StB 15	Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Heißbauweise auf Versiegelung, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> TL G DSK-StB 15	Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> TL G OB-StB 15	Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Oberflächenbehandlungen, Ausgabe 2015
<input type="checkbox"/> TL G SoB-StB 20	Technische Lieferbedingungen für Baustoffgemische zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Teil Güteüberwachung, Ausgabe 2020, Fassung 2023
<input type="checkbox"/> TL Gab-StB 16	Technische Lieferbedingungen für Gabionen im Straßenbau, Ausgabe 2016, Fassung 2023
<input type="checkbox"/> TL Geok E-StB 19	Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaus, Ausgabe 2019
<input type="checkbox"/> TL Gestein StB 04	Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004; Fassung 2023
<input checked="" type="checkbox"/> TL Leitbaken 97	Technische Lieferbedingung für Leitbaken, Ausgabe 1997
<input checked="" type="checkbox"/> TL Leitelemente 97	Technische Lieferbedingungen für Leitelemente, Ausgabe 1997
<input checked="" type="checkbox"/> TL Leitkegel 94	Technische Lieferbedingungen für Leitkegel, Ausgabe 1994
<input type="checkbox"/> TL NBM-StB 09	Technische Lieferbedingungen für flüssige Beton-Nachbehandlungsmittel, Ausgabe 2009
<input checked="" type="checkbox"/> TLS 12	Technische Lieferbedingungen für Streckenstationen, Ausgabe 2012
<input type="checkbox"/> TL Sbit-StB 15	Technische Lieferbedingungen für Sonderbindemittel und Zubereitung auf Bitumenbasis, Ausgabe 2015

<input checked="" type="checkbox"/> TL SP 99	Technische Lieferbedingungen für Stahlschutzplanken an Bundesfernstraßen, Ausgabe 1999
<input checked="" type="checkbox"/> TL SPU 93	Technische Lieferbedingungen für Schutzplanken-pfostenummantelungen, Ausgabe 1993
<input type="checkbox"/> TL Transportable Schutzeinrichtungen 97	Technischen Lieferbedingungen für transportable Schutzeinrichtungen, Ausgabe 1997
<input checked="" type="checkbox"/> TLP ÜK 17	Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Übergangs-konstruktionen zur Verbindung von Schutzeinrichtungen, Ausgabe 2017
<input checked="" type="checkbox"/> TL Warnbänder 97	Technische Lieferbedingung für Warnbänder, Ausgabe 1997
<input checked="" type="checkbox"/> TL Warnleuchten 91	Ergänzungsprüfung von Warnleuchten gemäß den Technischen Lieferbedingungen für Warnleuchten, Ausgabe 1991
<input type="checkbox"/> TP D-StB 12	Technische Prüfvorschriften zur Bestimmung der Dicken von Oberbauschichten im Straßenbau, Ausgabe 2012
<input type="checkbox"/> TP Eben – Berührende Messungen 17	Technische Prüfvorschriften für Ebenheitsmessungen auf Fahrbahnoberflächen in Längs- und Querrichtung, Teil: Berührende Messungen, Ausgabe 2017
<input type="checkbox"/> TP Eben – Berührungs- lose Messungen 25	Technische Prüfvorschriften für Ebenheitsmessungen auf Fahrbahnoberflächen in Längs- und Querrichtung, Teil: Berührende Messungen, Ausgabe 2025
<input type="checkbox"/> TP Griff-StB (SKM) 07	Technische Prüfvorschriften für Griffigkeitsmessungen im Straßenbau, Teil: Seitenkraftmessverfahren (SKM), Ausgabe 2007
<input type="checkbox"/> TP Griff-StB (SRT) 21	Technische Prüfvorschriften für Griffigkeitsmessungen im Straßenbau, Teil: Messverfahren (SRT), Ausgabe 2021
<input type="checkbox"/> TP Oberflächenbild-StB 20	Technische Prüfvorschriften für die Erfassung von Substanzmerkmalen (Oberfläche) mit schnellfahrenden Messsystemen, Teil: Bildaufnahme- und Auswertetechnik, Ausgabe 2020
<input type="checkbox"/> TP Textur-StB (ZTM) 20	Technische Prüfvorschriften für Texturmessungen im Verkehrswegebau, Teil: Zirkulares Texturmessverfahren (ZTM), Ausgabe 2020
<input type="checkbox"/> H BeStreu 17	Hinweise für die Beschaffung von tauenden und abstumpfen-den Streustoffen für den Winterdienst, Ausgabe 2017
<input checked="" type="checkbox"/> RLS 19	Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen, Ausgabe 2019
<input checked="" type="checkbox"/> RPS 2009	Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme, Ausgabe 2009
<input checked="" type="checkbox"/> RSA 21	Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 2021

<input type="checkbox"/> RuA-StB 23	Richtlinien für die umweltverträgliche Anwendung von industriellen Nebenprodukten und Recycling-Baustoffen im Straßenbau, Ausgabe 2023
-------------------------------------	--

5.2 Ergänzungen zu den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen

5.2.1 Ergänzungen zu den ZTV Asphalt-StB **07/13**

-Straßenbau-

5.2.2 Ergänzungen zu den TL Asphalt-StB **07/13**

-Straßenbau-Ergänzungen zu den ZTV Beton-StB **07**

-Brückenbau-

5.3 Sonstige anzuwendende technische Regelwerke

Regelwerke im Bereich der Deutschen Bahn

Regelungen der Länder

Niederlassungsspezifische Regelungen (in Abstimmung mit GB PBI)

5.4 Anlagen/Formblätter

5.4.1 Nachweis der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle

Formblatt Nachweis der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle

Status der Entsorgungsmaßnahme. "G" - geplant "A" - ausgeführt / abgeschlossen	Niederlas- sung:	Außenstelle:		Projektnummer:		Zeitraum:		
	West	Wiesbaden		A-12607-00				
	Baumaß- nahme:	A 643, Bauwerk 8, provi. Verbreiterung, Straßenbau						
	Auftragneh- mer:							
	(Name/An- schrift)							
	Ordnungszahl / Abschnitt	Kurztext LV / Beschrei- bung	Abfall- schlüssel (AVV Schlüssel)	Abfallmenge (bitte Einheit wählen) t	Zuordnungswert / Materialklasse	Art der Entsorgung (Verwertung: V, Aufbereitung: A, Beseitigung: B,)		
					V	A	B	
"A"								
"A"								

"G"									
Ort, Datum									
Unterschrift AN									
(Name, Stempel)									

5.4.2 Formblatt Anmeldung von gefährlichen Abfällen

Anmeldung von gefährlichen Abfällen zur Erstellung von Entsorgungsnachweisen und Begleitscheinen

Die Informationen des Formblatts werden für die Erstellung von Entsorgungsnachweisen und Begleitscheinen (BGS) im eANV benötigt.

Auftraggeber:	
Maßnahmen Bezeichnung:	
Projekt-Nummer:	
Außenstelle, Autobahnmeisterei (Anschrift):	
Bauüberwachung (Name, Telefon, Fax-Nummer, E-Mail):	
Abfallbezeichnung:	
Abfallschlüssel aus LV:	
Gesamte Abfallmenge laut LV:	
Abfallmenge Tagesleistung (evtl.):	
Abfallanalyse als PDF beilegen (notwendig):	<input type="checkbox"/>
Ausbau des Abfalls (von Datum/bis Datum, KW):	
Bezeichnung der Abfallherkunft/Anfallstelle: (bitte genaue Herkunft angeben, z.B. BAB, Fahrtrichtung, Anschnitt, Los, Bauteil, Kilometrierung, Haufwerk, Adresse, R+H-Wert)	

Auftragnehmer:	
Name und Anschrift:	
Name Ansprechpartner:	
Telefon Ansprechpartner:	
E-Mail Ansprechpartner:	

Rechnungsbeauftragter (evtl.)	
Name und Anschrift:	
Name Ansprechpartner:	
Telefon Ansprechpartner:	

E-Mail Ansprechpartner:	
Verwendet Rechnungsbeauftragter das Programm ZEDAL (Ja/Nein)?:	

Bevollmächtigter (evtl.)	
Name und Anschrift:	
Name Ansprechpartner:	
Telefon Ansprechpartner:	
E-Mail Ansprechpartner:	
Verwendet Bevollmächtigter das Programm ZEDAL (Ja/Nein)?:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Entsorger:	
Name und Anschrift der Entsorgungsanlage:	
Entsorger-Nr.:	
Zertifikat/behördliche Bestätigung das Entsorger den o.g. Abfall entsorgen darf:	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
Besitzt Entsorger eine Freistellung zur Prüfung durch das Regierungspräsidium/o.ä. Behörde (Ja/Nein)?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wenn Ja, Freistellungsbescheinigung beilegen:	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
ggf. Annahmekriterien (max. Belastungsgrenzen, mg/kg, etc.):	

Beförderer	
Name und Anschrift:	
Beförderer-Nr.:	
Zertifikat/Nachweis das Beförderer den o.g. Abfallschlüssel transportieren darf:	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor

Hiermit bestätige ich die Richtigkeit der Daten wie ausgefüllt bzw. wie in dem vorgelegten Entsorgungsnachweis/Begleitschein im eANV vorgelegt. Die Angaben sind fachlich und sachlich richtig!

Datum:

Unterschrift:

5.4.3 Eignungsnachweis Asphalt

-entfällt-

5.4.4 Länderspezifische Regelungen Abfallrecht

Es gelten die länderspezifischen Regelungen zum Abfallrecht.

5.4.5 Beschreibung von Homogenbereichen

Erforderliche Kennwerte zur Baugrundbeschreibung für die jeweiligen ATV der VOB Teil C für Boden

Nr.	Eigenschaften/Kennwerte für Böden	DIN 18300 Erdarbeiten	DIN 18300 Erdarbeiten GK 1 (DIN 4020)	DIN 18301 Bohrarbeiten	DIN 18304 Ramm-Rüttelarbeiten	DIN 18311 Naßbaggerarbeiten	DIN 18312 Untertagebauarbeiten	DIN 18313 Schlitzwandarbeiten	DIN 18319 Rohr-vor-trieb	DIN 18320 Landschaftsbauarbeiten	DIN 18321 Düsenstrahlarbeiten	DIN 18324 Horizontal-spülbohrungen
1	ortsübliche Bezeichnung	X		X	X	X	X	X	X		X	X
2	Korngrößenverteilung (DIN 18123)	X		X	X	X	X	X	X		X	X
3a	Masseanteil an Steinen > 63-200 mm (DIN EN ISO 14688-1)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
3b	Masseanteil an Steinen > 200-630 mm (DIN EN ISO 14688-1)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
3c	Masseanteil an Steinen > 630 mm (DIN EN ISO 14688-1)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
4	Mineralogische Zusammensetzung der Steine und Blöcke (DIN EN ISO 14689-1)						X ₁)		X			X
5	Dichte (DIN EN ISO 17892-2 oder DIN 18125-2)	X					X	X	X			X
6	Kohäsion (DIN 18137 Teil 1 bis 3)			X			X ₁)		X			
7	undrainierte Scherfestigkeit (DIN 4094-4 oder DIN 18136 oder DIN 18137-2)	X		X			X	X	X		X	X
8	Sensitivität (DIN 4094-4)						X ₁)					
9	Wassergehalt (DIN EN ISO 17892-1)	X		X	X	X	X	X	X		X	X
10a	Plastizität (DIN EN ISO 14688-1 (5.8))		X				X		X			
10b	Plastizitätszahl (DIN 18122-1)	X		X	X		X	X	X		X	X
11a	Konsistenz (DIN EN ISO 14688-1 (5.14))		X			X						
11b	Konsistenzzahl (DIN 18122-1)	X		X	X		X	X	X		X	X
12	Durchlässigkeit (DIN 18130)								X			
13	Lagerungsdichte (Definition: DIN EN ISO 14688-2; Bestimmung: DIN 18126)	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X
14	Kalkgehalt (DIN 18129)					X		X				X
15	Sulfatgehalt (DIN 1997-2)											X
16	Organischer Anteil (DIN 18128)	X				X	X ₁)	X	X		X	X
17	Benennung und Beschreibung organischer Böden (DIN EN ISO 14688-1)					X			X			X
18	Abrasivität (NF P18-579)			X			X		X			X
19	Bodengruppe (DIN 18196/ DIN 18915)	X	X	X	X	X	X	X	X	DIN 18915	X	X
20	Umweltrelevante Inhaltsstoffe gemäß:	ggf. LAGA/ Verfüllrichtlinien, BBodSchV, ErsatzbaustoffV, DepV										

X1) Ergänzend für alle Vortriebe mit Schildmaschinen

Erforderliche Kennwerte zur Baugrundbeschreibung für die jeweiligen ATV der VOB Teil C für Fels

Nr.	Eigenschaften/Kennwerte für Fels	DIN 18300 Erdarbeiten	DIN 18300 Erdarbeiten GK 1 (DIN 4020)	DIN 18301 Bohrarbeiten	DIN 18304 Ramm-Rüttelarbeiten	DIN 18311 Naßbaggerarbeiten	DIN 18312 Untertagebauarbeiten	DIN 18313 Schlitzwandarbeiten	DIN 18319 Rohr-vortrieb	DIN 18320 Landschaftsbauarbeiten	DIN 18321 Düsenstrahlarbeiten	DIN 18324 Horizontal-spülbohrungen
1	ortsübliche Bezeichnung	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X
2	Benennung von Fels	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X
3	Dichte (DIN EN ISO 17892-2 oder DIN 18125-2)	X	X	X		X	X	X	X			X
4	Verwitterung und Veränderungen, Veränderlichkeit	X	X	X		X	X	X	X		X	X
5	Kalkgehalt (DIN 18129)							X				
6	Sulfatgehalt (DIN 1997-2)											
7	einaxiale Druckfestigkeit des Gesteins (DIN 18141-1)	X		X	X	X	X	X	X			X
8	Spaltzugfestigkeit (DGGT Empfehlung Nr. 10)							X				
9a	Trennflächenrichtung (DIN EN ISO 14689-1)	X	X	X		X	X	X	X			X
9b	Trennflächenabstand (DIN EN ISO 14689-1)	X	X	X		X	X	X	X			X
9c	Gesteinskörperform (DIN EN ISO 14689-1)	X	X	X		X	X	X	X			X
10a	Öffnungsweite von Trennflächen (DIN EN ISO 14689-1)	X	X	X		X	X	X	X			X
10b	Kluftfüllung von Trennflächen (DIN EN ISO 14689-1)						X	X				X
11	Gebirgsdurchlässigkeit (DIN EN ISO 14689-1)								X			X
12	Abrasivität (NF P18-579)			X			X		X			X

5.4.6 Präzisierte Regelungen zur TL Transportable Schutzeinrichtungen

Im Folgenden werden die Regelungen der TL Transportable Schutzeinrichtungen 97 für den Einsatz präzisiert. Es sind folgende Anforderungen ergänzend zu erfüllen (nur für die Systeme, die nicht in der BAST-Liste der Transportablen Schutzeinrichtungen enthalten sind):

Anforderungen an transportable Schutzeinrichtungen

- 1) Transportable Schutzeinrichtungen müssen zur Qualifizierung durch Anprallversuche hinsichtlich der Verschieblichkeit, Durchbruchsisicherheit sowie der Gefährdung von Verkehrsteilnehmern und Dritten untersucht werden. Die Anforderungen dafür ergeben sich aus der DIN EN 1317- Teil 1 und Teil 2. Deren Abnahmekriterien müssen erfüllt und mindestens eine Leistungsklasse vollständig nachgewiesen werden.
- 2) Die Prüfungen nach DIN EN 1317- Teil 1 und Teil 2 sind von einem für die Prüfungen nach DIN EN 1317 akkreditierten Prüflabor durchzuführen.
- 3) Modifikationen, d.h. Änderungen gegenüber dem Prüfmuster, von geprüften temporären Schutzeinrichtungen sind ohne Anprallversuch nicht zulässig.
- 4) Sind zwei Anprallprüfungen zur Erreichung einer Aufhaltstufe erforderlich, sind beide Versuche an der identisch aufgebauten Schutzeinrichtung durchzuführen. Dies ist vom Prüfinstitut zu bestätigen.
- 5) Der Prüfbericht nach DIN EN 1317 für temporäre Schutzeinrichtungen muss ergänzend zu den Anforderungen der DIN EN 1317 mindestens enthalten:
 - a. Hersteller oder Importeur,
 - b. grundlegende Maße und Gewichte einschließlich Toleranzangaben,
 - c. Montageanleitung, die den grundsätzlichen Aufbau der transportablen Schutzeinrichtung beschreibt
 - d. ggf. eine Materialspezifikation für Kunststoffteile,
 - e. ggf. detaillierte Zeichnungen für spezielle Konstruktionsteile,
 - f. Angaben zum geprüften System wie Aufstelllänge, Endverankerung, besondere Ausstattung,
 - g. Einzelergebnisse der Prüfungen bezüglich der Anforderungen an TSE (u.a. Fahrbereitschaft, gelöste Teile, dynamische Querverschiebung)
 - h. Bestätigung der Erfüllung der Anforderungen.
- 6) Der Hersteller muss folgende Prüfungsdokumentation, die vom Prüflabor über die Anprallprüfung ausgestellt wird, vorlegen:
 - a. Prüfbericht und Videos der Anprallprüfungen nach DIN EN 1317
 - b. Bestätigung des Prüflabors, dass die geprüfte temporäre Schutzeinrichtung den Zeichnungen entspricht und gemäß den Angaben in der Einbauanleitung auf dem Prüfgelände aufgestellt wurde.
 - c. Bestätigung des Prüflabors, dass die Bauteile der geprüften temporären Schutzeinrichtung hinsichtlich der Anforderungen an die Stoffe, die Verbindungsmittel und der Abmessungen mit den Angaben in den Zeichnungen und der Systembeschreibung übereinstimmen. Hierzu ist für die wesentlichen Bauteile der TSE eine Materialanalyse des geprüften Systems erforderlich und die Übereinstimmung vom Prüfinstitut zu bestätigen.
 - d. Bestätigung des Prüflabors, dass alle Anforderungen eingehalten und von der temporären Schutzeinrichtung erfüllt wurden.
- 7) Bei den Prüfungen TB 21 und TB 22 muss das Fahrzeug nach dem Anprall noch bedingt fahrbereit sein. Dabei dürfen anprallende Fahrzeuge nicht so stark beschädigt werden, dass der Fahrer keine Kontrolle mehr über das Fahrzeug ausüben kann. Die Fahrbereitschaft ist vom Prüfinstitut zu beurteilen.
- 8) Fahrzeuginsassen und Dritte dürfen dabei nicht gefährdet werden. Das bedeutet, es dürfen keine vollständig gelösten Teile von Schutzeinrichtung oder Fahrzeug im Anprallversuch auftreten.

Schutzeinrichtungen der Aufhaltestufen T1, T2 und T3 (kleiner Anprallwinkel) müssen die Anprallheftigkeitsstufe A nachweisen. Schutzeinrichtungen für normales (N2), höheres (H1, H2) oder sehr hohes Rückhaltevermögen (H4b) müssen die Anprallheftigkeitsstufe A oder B nachweisen.

- 9) Wegen der besonderen Verhältnisse in Arbeitsstellen ist neben dem tatsächlich ermittelten Wirkungsbereich oder der Klasse gemäß Tabelle 4 der DIN EN 1317-2 die dynamische Querverschiebung in der Prüfung zu ermitteln und im Prüfbericht anzugeben. Zwischen entgegengesetzt gerichteten Verkehrsströmen darf die dynamische Querverschiebung beim leichten Fahrzeug (TB 11, TB 21, TB 22, TB 31) unabhängig vom Wirkungsbereich maximal 50 cm betragen.
- 10) Sämtliche Teile der temporären Schutzeinrichtung mit einer Masse von mehr als 2 kg, die sich im Anprallversuch vollständig gelöst haben, sind nach DIN EN 1317-2 zu identifizieren, zu lokalisieren und vollständig im Prüfbericht zu dokumentieren.
- 11) Temporäre Schutzeinrichtungen mit vollständig gelösten Teilen von je mehr als 2 kg sind nicht zulässig.
- 12) Temporäre Schutzeinrichtungen müssen hinsichtlich der Bauteile, der Verbindungsmittel und der Dauerhaftigkeit mit den Prüfmustern aus der Anprallprüfung übereinstimmen.
- 13) In der Anprallprüfung ist eine ausreichende Prüflänge zu gewährleisten. Die Prüflänge wird durch den Hersteller vorgegeben.
- 14) Die Mindestlänge, die Mindestlänge bei Kraftschluss und die Maximallänge ergeben sich aus der in der Anprallprüfung verwendeten Anfangs- und/oder Endverankerung und dem Verhalten der Schutzeinrichtung beim Anprallversuch (Definitionen siehe Liste transportabler Schutzeinrichtungen unter: https://www.bast.de/DE/Verkehrstechnik/Qualitaetsbewertung/Listen/pdf/liste-tse-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=5.)
- 15) Die Prüfungen der Eigenschaften der Reflektoren (siehe Abschnitt 2.1 der TL TSE 97) sind von einem für Messungen nach DIN EN 12899 Teil 1 oder Teil 3 oder für Messungen nach DIN 67520 akkreditierten Prüflabor durchzuführen und in einem Prüfbericht zu dokumentieren.
- 16) Sofern gemäß dem Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau Nr. 05/1999 vom 15. Dezember 1998 eine Kipp-Prüfung der transportablen Schutzeinrichtung erforderlich ist, ist diese gemäß den Prüfbedingungen für einen Belastungsversuch zur Ermittlung der Kipplänge (1999) durchzuführen. Die Kipp-Prüfung an der transportablen Schutzeinrichtung ist von dem akkreditierten Prüfinstitut durchzuführen, das auch die Versuche nach DIN EN 1317 an der TSE durchgeführt hat. Die Ergebnisse sind in einem gesonderten Prüfbericht über die Kipp-Prüfung zu dokumentieren und zu bewerten.
- 17) Vom Hersteller ist eine Einbauanleitung für die Transportable Schutzeinrichtung zur Verfügung zu stellen.